

Fitch senkt Bonität von Venezuela

Börsen-Zeitung, 27.3.2014 Bloomberg Caracas - Venezuelas Bonitätsnote wurde von der dritten Ratingagentur innerhalb von drei Monaten heruntergestuft...

IM INTERVIEW: MARKUS C. KERBER

„Das würde den Weg in eine EZB-Diktatur ebnen“

Der Berliner Rechts- und Finanzwissenschaftler wirft der Notenbank Rechtsbeugung und eine Missachtung des Transparenzgebots vor

Gegen die unheilige Allianz von EU-Institutionen, die darauf abzielt, die Macht der europäischen Behörden schleichend auszuweiten, hält der Berliner Rechts- und Finanzwissenschaftler Markus C. Kerber die Inanspruchnahme eines Widerstandsrechts für zwingend...

Börsen-Zeitung, 27.3.2014

Herr Professor Kerber, manche Ökonomen halten die Unabhängigkeit der Notenbanken für ein Relikt aus vergangenen Tagen. Die jüngste Zeit habe doch gezeigt, wie krisenlindernd sie wirken können, wenn sie über ihre rein geldpolitischen Aufgaben hinausgehen...

Die Entscheidung zur Ausstattung von Zentralbanken mit Unabhängigkeit ist kein Schlag gegen die Demokratie, sondern die Anerkennung des Umstands, dass die Komplexität und die Konstanz von Geldpolitik im Widerspruch zur demokratischen Wählbarkeit ihrer personellen Träger stehen...

Aber kann die Unabhängigkeit einer Zentralbank nicht auch umschlagen, wenn eine Institution entgegen ihrem konkreten Auftrag handelt und Kritik mit dem Hinweis auf ihre Weisungsfreiheit abtropfen lässt?

Bei der Bundesbank hat sich in puncto Unabhängigkeit eine Praxis herausgebildet, die stark von der Verbindung der Deutschen zu „ihren“ Währungshütern geprägt war. So musste der damalige Finanzminister Theo Waigel die „Versuchung des Goldes“ wieder fallen lassen...

„Die EZB ist eine Black Box, deren Entscheidungen als Ergebnis eines politischen Kräfteparallelogramms fallen, bei dem Malta genauso viel wiegt wie die Niederlande.“

die Chance auf rationale Entscheidungen sichert, ist ebendiese Weisungsfreiheit in einer supranationalen Institution wie der EZB ein Gefahrenherd.

Wie ist das zu verstehen? Eine rational arbeitende Zentralbank ist nur in völliger deziouärer Unabhängigkeit zum parlamentarischen Raum denkbar. Neben den bereits angeführten Argumenten spricht hierfür die Entscheidungsmethodik jedweder Zentralbank...

In der Geschichte waren Notenbanken nicht immer so unabhängig wie heute. Wie kann man den wieder aufkommenden politi-

schen Einfluss gleichwohl eindämmen? Schon heute ist keine Zentralbank frei von politischen Pressionen, selbst wenn ihr die Unabhängigkeit garantiert worden ist...

ZUR PERSON

Anwalt des Staatsbürgers

Iz - Wenn es um die Missachtung demokratischer Rechte geht oder um ihre schleichende Aushöhlung durch eine schrittweise Mandatsausweitung von Regierungsorganen und -behörden, dann greift der



Markus C. Kerber

Berliner Rechts- und Finanzwissenschaftler Markus C. Kerber sofort zur spitzen Feder und geißelt in scharfen Worten derlei unwürdige Übergriffe. Er fühlt sich als Anwalt des Souveräns, der seine Macht nur temporär und mit klaren Grenzen versehen an die Politik und

agiert hätte. Dies liegt zum einen an der Unzahl französischer und italienischer Berater und Zuarbeiter im Direktorium der EZB. Zum anderen hängt es damit zusammen, dass die EZB trotz schmeichelnder Bemühungen von EZB-Chef Mario Draghi, das Vertrauen der Deutschen zu gewinnen, keinerlei Vertrauensband zu den die EZB tragenden Völkern geschaffen hat...

Das war bei der Bundesbank so ganz anders? Die Bundesbank hatte das volle Vertrauen der Deutschen und handelte als Treuhänder stabilitätspolitischer Raison...

Müssten einer unabhängigen Institution wie der EZB nicht größere Pflichten zur Transparenz auferlegt werden? Transparenz ist das obligatorische Korrelat zur Unabhängigkeit hinsichtlich des Wie bei der Ausübung ihres Mandats. Die Frage ist aber, wie viel Transparenz bei welchen Entscheidungen?

Die Krisenmaßnahmen der EZB wurden mit der Störung des geldpolitischen Transmissionsmechanismus verteidigt. Das Argument ist real weder zu verifizieren noch zu falsifizieren. Ein Freibrief für die EZB?

Hierzu hat die Bundesbank in ihrer Stellungnahme im ESM/OMT-Verfahren des Bundesverfassungsgerichts alles aus meiner Sicht Erforderliche gesagt: Der Rekurs auf die Störung des Transmissionsmechanis-

mus der Geldpolitik bei anhaltender Turbulenz auf bestimmten Staats-schuldenmärkten ist demnach sachlich unberechtigt. Dass die EZB gleichwohl mit unüberbietbarer Ungeniertheit diesen Rekurs beibehält, ohne die angeblichen Störungen empirisch nachzuweisen oder diese zumindest genauer zu begründen...

Das EuGH lässt der EZB also alle Freiheiten und versäumt die nötige rechtliche Kontrolle? Das Zusammenspiel von Unionsgericht und EZB hat kollusive Züge. Wir werden sehen, ob die Rechtsmittelinstanz dies gutheißt und sich damit jedwede Maßnahme der EZB, die nicht sofort umgesetzt wird, der gerichtlichen Kontrolle entzieht. Die

Besteht die Gefahr, dass sich die EZB - ähnlich wie der EuGH - zunehmend mehr Rechte zuspricht und sich damit ein Machtzentrum herausbildet, das in deutlichem Gegensatz steht zur Machtbalance in einer Demokratie? Wenn das OMT-Programm vom Gerichtshof der EU abgesegnet werden sollte, wäre dies - vorbehaltlich eines erneuten Richterspruchs aus Karlsruhe - eine Einladung an die EZB...

Das sehen aber nicht alle Euro-Staaten so. Ja, leider. Diese Perspektive - ob-schon aus deutscher Sicht ein Alptr-raum - wird in Frankreich regelrecht begrüßt...

Das Bundesverfassungsgericht hat aber eindeutige Grenzlinien für das Mandat der EZB gezogen. Wie groß ist hier der Interpretationsspielraum? Der EuGH sieht das wohl nicht so eng. In der Tat hat der Gerichtshof der Europäischen Union im Pringle-Urteil den ESM mit einer Begründung legalisiert...

Muss man das Mandat der EZB deshalb noch enger fassen und klarer formulieren? Dies wäre ordnungspolitisch gewiss sinnvoll. Indes läuft die rechtspolitische Entwicklung in die konträre Richtung. Mit der Bankenunion und der Zentralisierung der Bankenaufsicht bei der EZB wird diese Institution vollständig überfordert...

Wenn das OMT-Programm vom Gerichtshof der EU abgesegnet werden sollte, wäre dies - vorbehaltlich eines erneuten Richterspruchs aus Karlsruhe - eine Einladung an die EZB, auf allen von ihr beanspruchten Kompetenzfeldern ohne Rechtskontrolle zu entscheiden. Damit würde der verfassungsrechtliche Grundsatz der Bindung aller öffentlichen Gewalt an Recht und Gesetz zugunsten eines diskretionären Regimes der EZB durchbrochen...

Das sehen aber nicht alle Euro-Staaten so. Ja, leider. Diese Perspektive - ob-schon aus deutscher Sicht ein Alptr-raum - wird in Frankreich regelrecht begrüßt...

Das Bundesverfassungsgericht hat aber eindeutige Grenzlinien für das Mandat der EZB gezogen. Wie groß ist hier der Interpretationsspielraum? Der EuGH sieht das wohl nicht so eng. In der Tat hat der Gerichtshof der Europäischen Union im Pringle-Urteil den ESM mit einer Begründung legalisiert...

Muss man das Mandat der EZB deshalb noch enger fassen und klarer formulieren? Dies wäre ordnungspolitisch gewiss sinnvoll. Indes läuft die rechtspolitische Entwicklung in die konträre Richtung. Mit der Bankenunion und der Zentralisierung der Bankenaufsicht bei der EZB wird diese Institution vollständig überfordert...

Das Bundesverfassungsgericht hat aber eindeutige Grenzlinien für das Mandat der EZB gezogen. Wie groß ist hier der Interpretationsspielraum? Der EuGH sieht das wohl nicht so eng. In der Tat hat der Gerichtshof der Europäischen Union im Pringle-Urteil den ESM mit einer Begründung legalisiert...

„Das Zusammenspiel von Unionsgericht und EZB hat kollusive Züge.“

tieren. Dabei kann es sich nicht mit dem Argumentationsniveau des Pringle-Urteils zufriedengeben.

Muss man das Mandat der EZB deshalb noch enger fassen und klarer formulieren? Dies wäre ordnungspolitisch gewiss sinnvoll. Indes läuft die rechtspolitische Entwicklung in die konträre Richtung. Mit der Bankenunion und der Zentralisierung der Bankenaufsicht bei der EZB wird diese Institution vollständig überfordert...

Billig-Liquidität fluten und dann die Folgen ihres Tuns aufsichtstechnisch in den Griff bekommen? Das Ausmaß der Überforderung wird spätestens beim Comprehensive Risk Assessment deutlich werden. Wir werden sehen, welche Evaluation Dexia oder die Banca Monte dei Paschi beziehungsweise die Commerzbank bekommen werden.

Wer kann der EZB eigentlich Grenzen setzen? Anders gefragt: Wem gegenüber ist das EZB-Direktorium letztlich verantwortlich? Die rechtliche Einhegung der EZB stößt in vielen Mitgliedsländern der EWU eher auf Widerstand...

Wenn das OMT-Programm vom Gerichtshof der EU abgesegnet werden sollte, wäre dies - vorbehaltlich eines erneuten Richterspruchs aus Karlsruhe - eine Einladung an die EZB, auf allen von ihr beanspruchten Kompetenzfeldern ohne Rechtskontrolle zu entscheiden...

„Wenn die EZB weiterhin faktisch die Freiheit vom Recht beansprucht, beschreitet sie den Weg von der kommissarischen zur souveränen Diktatur.“

ner Anrufung Kompetenzüberschreitungen von Unionsorganen Einhalt zu gebieten. Im Rahmen seines Vorlagebeschlusses hat es diese Ultra-vires-Doktrin nachdrücklich bestätigt.

Gibt es ein Widerstandsrecht gegen Entwicklungen, die den ursprünglichen Charakter der Währungsunion aushaken? Ein solches Widerstandsrecht gilt prinzipiell gegenüber Bundesregierung und EZB...

Das Maastrichter Bail-out-Verbot wurde missachtet und das Staatsfinanzierungsverbot der EZB umgangen. Wenn Verträge nicht mehr das Papier wert sind, auf dem sie stehen: Was schützt die Bürger noch vor politischer Willkür? Und was hält Europa dann noch zusammen?

Das Interview führte Stephan Lorz.

Unicredit kritisiert Ratingagenturen

Börsen-Zeitung, 27.3.2014 lz Frankfurt - Die Bonitätsnoten für viele Staaten sind in der Vergangenheit systematisch falsch ausgerichtet gewesen, kritisieren die Ökonomen der Unicredit in einer Studie, in der sie die Ratings von S&P, Moody's und Fitch über mehrere Jahre untersucht haben...

Höheres Wachstum für iberische Staaten

Börsen-Zeitung, 27.3.2014 ths Madrid - Die Notenbanken von Spanien und Portugal haben die Wachstumsaussichten ihrer Länder für das laufende Jahr auf jeweils 1,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht. Die Banco de España begründete in ihrem Monatsbericht die Verbesserung mit der anhaltenden Stärke der Exportwirtschaft...

Arbeitgeber bleiben entlastet

Börsen-Zeitung, 27.3.2014 ge Berlin - Das Bundeskabinett hat gestern die Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung auf den Weg gebracht. Ziel ist, dass ab Anfang 2015 der nur von den Versicherten zu zahlende Sonderbeitrag von 0,9 Prozentpunkten entfallen soll...